



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLEN 1918 – 2018 II

■ ANALYSE

Wozu brauchen wir Deutschland?

Einige Bemerkungen zu den Veränderungen der Lage Polens auf der Landkarte 2

Kazimierz Wóycicki, Warschau

■ CHRONIK

1. – 14. Mai 2018 8

Wozu brauchen wir Deutschland? Einige Bemerkungen zu den Veränderungen der Lage Polens auf der Landkarte

Kazimierz Wóycicki, Warschau

Zusammenfassung

Für die Entwicklung einer Konzeption der Rolle Polens in Europa muss insbesondere die Vorstellung von den Beziehungen zu den Nachbarstaaten geklärt werden. Eine polnische Vision von Europa muss sich daher auch mit Deutschland auseinandersetzen. Zurzeit wird jedoch das außenpolitische Intermarium-Konzept (*Międzymorze*) mit Rekurs auf die tatsächlich gescheiterte Konzeption der Zwischenkriegszeit forciert, das der Autor als retrogressiv bezeichnet. In dieser Vorstellung wird Polen praktisch eine Vormachtstellung in dem Raum »zwischen den Meeren« (Ostsee – Adria – Schwarzes Meer) in Ostmitteleuropa zugewiesen. Deutschland kommt in dieser Konzeption so gut wie nicht vor. Damit – so der Autor – soll eine Antwort auf die jahrhundertlange Bedrängung durch die zwei feindlich gesinnten Mächte Deutschland und Russland gefunden werden – als gäbe es nicht die Überwindung des »Fatalismus der Feindschaft« zwischen Deutschland und Polen und als gäbe es nicht die Europäische Union und die NATO. Der Autor plädiert dafür, dass Polen anstatt in seinen europapolitischen Plänen retrogressive Mythen wiederauferstehen zu lassen, seine Europapolitik und insbesondere auch seine Ukrainepolitik gemeinsam mit Deutschland im Rahmen der EU gestaltet.

Jeder Staat in Europa sollte eine eigene Vision von Europa haben, die er nicht nur im Inneren, sondern auch international zur Diskussion stellt. Zu einer solchen eigenen Vision von Europa gehört die Antwort auf die Frage, welche Rolle bei der Realisierung der eigenen Interessen anderen Staaten zugeschrieben wird, insbesondere den Nachbarn. Es kann also kein polnisches Konzept von Europa geben, wenn es keine polnische Vision von Deutschland in Europa gibt. Anders gesagt, wenn es keine Antwort auf die Frage gibt »Wozu brauchen wir Deutschland?«.

Die meiste Zeit des 20. Jahrhunderts kennzeichnete der deutsch-polnische Antagonismus, der seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert andauerte. Das, was als Fluch der polnischen Geopolitik bezeichnet wurde, war durch die Lage zwischen Deutschland und Russland definiert. Die Teilungen der früheren Republik (poln. *rzeczpospolita*) und der Verlust des eigenen Staates in einer Zeit, als sich die modernen Nationen herausbildeten, übten einen entscheidenden Einfluss auf die polnischen politischen Vorstellungen und das politische Denken aus. Deutschland wurde in diesen Vorstellungen zur feindlichen Macht. Auch warf die Lage »zwischen Russland und Deutschland« beständig die Frage auf, welche der beiden Mächte als die gefährlichere zu betrachten sei.

Wenn jemand Russland wählte, waren Komplexe und ein gewisses Minderwertigkeitsgefühl gegenüber Deutschland der Grund. Deutschland vollzog im 19. Jahrhundert einen zivilisatorischen Sprung, dank dessen es in wirtschaftlicher Hinsicht die meisten polnischen Lande überholte. Die Deutschen fan-

den Anschluss an den Westen (der Begriff des Westens wurde im 18. Jahrhundert und endgültig im 19. Jahrhundert geprägt) und die Polen konnten neidisch auf die industrielle und urbane Entwicklung Deutschlands blicken, die in den polnischen Gebieten langsamer vorstättenging. Sie konnten auch neidisch auf die Effektivität des im Jahr 1871 gegründeten deutschen Kaiserreiches bismarckscher bzw. wilhelminischer Prägung blicken, dessen funktionierender Rechtsstaat in einem gewissen Umfang die traurigen Folgen für die Polen im preußischen Teilungsgebiet milderte. Derlei Komplexe hatten die Polen gegenüber Russland nicht. Ein Teil des russischen Teilungsgebietes (das sogenannte Kongresspolen) gehörte zu den am meisten entwickelten Gebieten im Zarenreich und die polnischen Eliten hatten gegenüber den Russen eher ein Gefühl der kulturellen Überlegenheit, unter anderem mit Blick auf die Gegenüberstellung von polnischem Freiheitsgefühl und russischem »Untertanengeist.« Die russische Alleinherrschaft mit ihrer repressiven Politik machte Russland zu einem viel bedrohlicheren Feind.

Der Erste Weltkrieg veränderte die Beurteilung Deutschlands und Russlands nicht. Die deutsche Politik während des Ersten Weltkrieges erleichterte Polen in gewissem Sinne, seine Unabhängigkeit zu erlangen, auch wenn die Weimarer Republik später die neue deutsch-polnische Grenze nicht anerkannte. Mit (dem bolschewistischen) Russland war Polen dagegen gezwungen, einen Krieg zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit auszutragen, und die Bolschewisten zogen rasch die Landkarte der territorialen und imperialen Expansion der Zarenzeit hervor. Die Äußerung »Bastard des Ver-

sailler Vertrages« kam aus dem Mund eines russischen und nicht eines deutschen Politikers. Die Deutschen blieben also immer noch bedrohlich, aber die Russen noch bedrohlicher.

Eine Folge des Zweiten Weltkrieges war zunächst eine Verschiebung der Akzente. Das Dritte Reich hatte auf polnischem Gebiet unermessliche Verbrechen begangen. Die lange Besatzung zentraler polnischer Gebiete bewirkte, dass das Bild des bösen Deutschen das Bild des bösen Russen überwog. Der Ende des Warschauer Aufstands geschriebene Vers »ich erwarte dich, rote Pest, damit du uns vom schwarzen Tod erlösest«, gaben die Tragik der Situation wider. Hinzu kam gleich nach dem Krieg die antideutsche Propaganda, die lange währte und zum Ziel hatte, das System der kommunistischen Machthaber in Polen zu legitimieren.

Auch wurden die Polen mit der Möglichkeit erpresst, die ehemaligen deutschen Gebiete zu verlieren, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg bekommen hatten und für die Stalin der Garant war. Ohne diese Gebiete wäre Polen auf ein Territorium ungefähr von der Größe Kongresspolens reduziert worden. Paradoxerweise retteten Stalins Pläne Polen vor einem solchen Los, wenn auch nicht, um Polen einen Gefallen zu tun. Unsicher, wie sich die Situation in Deutschland entwickeln würde, entschied er, Polen die ostdeutschen Provinzen (den größeren Teil Ostpreußens, Niederschlesien und Pommern) zuzuteilen. In den Augen der westlichen Alliierten sollte dies eine Rekompensation für die von Polen hinter der Curzon-Linie verlorenen Gebiete sein. Für Stalin, der mit Sicherheit die Notwendigkeit einer Rekompensation nicht sah (denn er betrachtete die Eingliederung der östlichen Gebiete der Zweiten Republik Polen in das sowjetisch-russische Imperium als vollkommen gerechtfertigt), sollten die abgetretenen Ostgebiete Deutschlands an Polen dauerhaft einen deutsch-polnischen Antagonismus aufbauen und Warschau auf Dauer in die Umarmung Moskaus zwingen.

Es gelang Stalin allerdings nicht, diesen Effekt zu erzielen, es sei denn auf historisch sehr kurze Sicht. Für die kommunistischen Regierungen in Polen war die deutsche Gefahr eine der Hauptquellen der eigenen Legitimation, jedoch konnte die Gesellschaft die sowjetische Dominanz nicht als dauerhafte Lösung annehmen. Daher wurde die Situation Polens, von der Sowjetunion dominiert zu sein, aber auch recht wirksam mit der deutschen Gefahr erpresst zu werden, zumindest in den Kreisen der Opposition und der unabhängig denkenden polnischen Eliten als Lage zwischen zwei feindlichen Mächten definiert. Diese Definition der geopolitischen Lage schien der Phase nach 1945 sogar angemessener zu sein als in Bezug auf das 19. Jahrhundert. Der Hitler-Stalin-Pakt, dessen Bedeutung man lange zu verbergen

versuchte, wurde zum Symbol dieser Lage, wobei Stalin in diesem bedrohlichen Duett als der tückischere und bis zu einem gewissen Grad feindlichere erscheinen konnte.

Der Zusammenbruch des Kommunismus schuf eine neue Konstellation in Ostmitteleuropa. Die lang dauernde russisch-sowjetische Dominanz und die tiefgehenden Veränderungen in Deutschlands westlichem Teil bewirkten allmählich Veränderungen in der Wahrnehmung der polnischen geopolitischen Lage. Man begann in Polen, sie nicht nur mit Hilfe der Geographie, sondern vor allem mit Hilfe der politischen Konstellation zu definieren. Dabei war in der polnischen Gesellschaft das Gefühl der tatsächlichen deutschen Gefahr schon in der Zeit vor 1989 schwächer geworden, während der Widerstand gegenüber der sowjetischen Dominanz gewachsen war. Die Abneigung gegenüber den Deutschen, das Relikt des ehemaligen Gefühls der Bedrohung, wurde langsam durch ein Gefühl des Neides angesichts des großen wirtschaftlichen Erfolges der »Bonner Republik« ersetzt. Deutschland wurde in den Augen der Polen ein Teil des Westens, dem man sich anschließen wollte, wobei man sich von der russischen (sowjetischen) Dominanz befreien konnte. Der Beitritt Polens zur NATO und anschließend zur Europäischen Union veränderte die geopolitische Situation Polens grundlegend und gebot, die Position unseres Landes in Europa und in der Welt neu zu definieren, und zwar als Grenze des Westens. Die Annäherung an und das Bündnis mit Deutschland wurden zu einem wesentlichen Faktor dieser Veränderung. Die Definition der geopolitischen Lage Polens als »zwischen zwei feindlichen Mächten« schien dagegen vollständig ad acta gelegt worden zu sein. Ganz so war es jedoch nicht.

Das Intermarium-Konzept

Polen wurde in den Jahren 1989 bis 2015 zu einem Grenzland des Westens, mit Staaten an seiner östlichen Seite, die aus der Dominanz des schwächer werdenden russischen Imperiums hervortraten. In dieser Situation konnten einige alternative Projekte entstehen, die der polnischen Außenpolitik eine Richtung geben sollten.

Die Kraft der historischen Vorstellungen pflegt riesig zu sein. Häufig überrascht es, nach wie langer Zeit politische Gemeinschaften zu Vorstellungen und Ängsten zurückkehren, die schon lange vergessen schienen. Manches Mal geht es auch nicht um vergessene Vorstellungen, sondern um solche, die längere Zeit unmöglich zu realisieren waren, so dass sie keine Beachtung mehr fanden und nur noch als Bilder einer abgeschlossenen Vergangenheit behandelt werden. Trotzdem sind Vorstellungen, die mit Ängsten unterfüttert sind, fähig, in bestimmten Situationen zurückzukehren. Der Verlust des eigenen Staates, die Teilungen, das ganze 19. Jahr-

hundert, der erneute Verlust der Selbständigkeit als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges waren mit Sicherheit entscheidend für das tief sitzende polnische Trauma. Auch wenn das Jahr 1989 und die nachfolgenden Ereignisse seine Hauptursachen beseitigten, blieb es eine offene Frage, wie mit dem Trauma weiter umzugehen.

Eine Art und Weise, mit einem Trauma zurechtzukommen, ist der Wunsch der »Rückkehr in die Vergangenheit«, damit sich die Dramen der Vergangenheit nicht wiederholen. Zu dieser Art des Umgangs mit dem polnischen Trauma wurden die Konzepte, die sich mit der Intermarium-Idee (poln. *międzymorze*) assoziieren lassen. Dahinter verbirgt sich der Wunsch, die ganze Erfahrung der Teilungen in einen Heldenmythos umzuwandeln, sowie der Wunsch der Rückkehr der ehemaligen *Rzeczpospolita* und die Träume von einem so Großen Polen, auf dass es sicher sei. Natürlich sagt die Vernunft, dass dies im wörtlichen Sinne unmöglich ist. Deshalb nehmen die daran anknüpfenden Gruppen auch eine gewisse Modifikation vor, indem sie Warschau die führende Rolle im Konzert der ostmitteleuropäischen Staaten zuschreiben, das angeblich in naher Zukunft entstehen soll. Statt der Republik beider Nationen (poln. *Rzeczpospolita Obojga Narodów*) werden Lösungen in Varianten des Intermarium-Konzeptes gesucht, denen zufolge Warschau mindestens die Rolle des Koordinators spielen sollte.

Die Tatsache, dass ein potentieller Partner für ein solches kollektives Konzert allein Budapest ist (und dazu ein zweifelhafter Partner), stört die Anhänger des Intermarium-Konzeptes keineswegs. Ihre retrogressive Phantasie lässt sich von Bildern einer imaginierten Vergangenheit leiten, die sich nicht besonders um die Realität kümmert. Dass Staaten wie die Ukraine, Rumänien oder Bulgarien zwangsläufig eine eigene Vision des Schwarzen Meeres haben und mit verständlicher Distanz nach Norden und auf die Ostsee blicken, scheinen die Anhänger des *Międzymorze* völlig außer Acht zu lassen. Im Hintergrund der Vorstellungen der Anhänger des *Międzymorze* hängt die Landkarte der ehemaligen *Rzeczpospolita*, ein nostalgisches Bild einer großartigen Vergangenheit, das kraft kolossaler Vereinfachungen mit der Geschichte Polens gleichgesetzt wird. Auf dieser Landkarte des imaginierten, fast einem Imperium gleichkommenden politischen Gebildes reicht Polen von Meer zu Meer und es bedarf nur ein wenig politischer Anstrengung und Absicht, um eine ähnliche Verbindung zu wiederholen.

Diese vorgestellte Landkarte, die die Vorstellung der *Międzymorze*-Anhänger leitet, besitzt noch ein Charakteristikum. Und zwar reicht sie weit nach Osten, aber Deutschland gibt es auf ihr nicht. In dieser historischen Phantasie muss man sich mit Deutschland auf keinerlei Weise befassen, denn die »Große *Rzeczpospolita*« hatte

sich auch nicht mit Deutschland befasst. Die Anhänger des Intermarium-Konzeptes übergehen auch leicht hin, dass ein Drittel des gegenwärtigen polnischen Territoriums ehemalige deutsche Gebiete sind, und schauen gleichzeitig mit einer Träne im Auge auf das heute ukrainische Lemberg (poln. Lwów, ukr. Lwiw) oder das heute litauische Wilna (poln. Wilno, lit. Vilnius).

Diese retrogressive Nostalgie wurzelt dennoch in der Vorstellung, dass Polen immer noch zwischen zwei großen Mächten liegt. Ihre Quelle ist die traumatische Angst, dass die Bedrohung immer noch andauert und man sie bekämpfen muss. Dies soll dadurch geschehen, dass in Ostmitteleuropa ein selbständiger politischer Organismus aufgebaut wird, der fähig ist, sich sowohl Russland als auch Deutschland entgegenzustellen und Polen vor ihnen zu schützen sowie eigentlich auch vor dem trügerischen, die Polen nicht verstehenden Westen.

Die Anknüpfung an den Mythos der Zweiten Republik

Diese retrogressive Art und Weise, über die Lage Polens zu denken, ist mit der Verdrängung der Erinnerung an die Zweite Republik verbunden, die sich tatsächlich zwischen zwei feindlichen und aggressiven Mächten befand. Ihre bedeutendsten Politiker waren sich dessen sehr deutlich bewusst.

Der Zweiten Republik wurde zum Vorwurf gemacht (insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg von der nationaldemokratischen Emigration und den Kommunisten), dass ihre Außenpolitik mit einer Niederlage und Katastrophe geendet hatte. Dieser Vorwurf ist aber insofern ungerecht und unbegründet, als das Schicksal der Zweiten Republik zwar tatsächlich tragisch, dies aber in der damaligen Zeit vielleicht nicht zu vermeiden war. Die regierenden Eliten erreichten zumindest so viel, dass die Zweite Republik dank der Verbündeten der westlichen Länder nicht vollständig isoliert war. Gleichzeitig zeigten die politischen Versuche und Vorhaben der Zweiten Republik, einen Block der mitteleuropäischen Staaten aufzubauen, keine Wirkung. Versuche solcher Bündnisse mit Ungarn oder Rumänien erlaubten es allein, einen Teil der polnischen Eliten nach dem September 1939 vor den deutschen und sowjetischen Repressionen zu retten, was wiederum ermöglichte, ein relativ starkes Machtzentrum in der Emigration zu schaffen.

Was man dagegen einem Teil der politischen Milieus der Zweiten Republik vorwerfen kann, ist die überspannte Vorstellung von der eigenen Größe. Dies waren eben die Träume vom »großen Polen«, von einem Polen als einer Großmacht oder dem Polen »zwischen den Meeren«. Diese Vorstellungen wiederum waren auch stark von den historischen Bezügen zur ehemaligen

Rzeczpospolita motiviert – meistens aber nicht einmal der Republik beider Nationen, sondern lediglich der einen Nation. Nicht die Tragödie der Zweiten Republik selbst kann den heutigen Erforscher ihrer Vergangenheit schockieren, sondern das nicht Wahrnehmen der Möglichkeiten der Tragödie und das Ersetzen der Vorstellungen von den tatsächlichen Gefahren durch Träume von ihrer Macht.

Die heutigen Anhänger des Intermarium-Konzeptes berufen sich gern auf die Zweite Republik. Die Erinnerung an sie war wertvoll in der Zeit, als die kommunistischen Machthaber viel taten, um den unabhängigen polnischen Staat, der in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen existierte, auf verschiedenste Weise zu diffamieren. Nach 1989 wurde keine ernsthafte Diskussion über die Geschichte der Zweiten Republik geführt. Sie blieb vor allem in der Sphäre des Mythos. Sie umgibt eine ähnlich unbestimmte Nostalgie wie die ehemalige *Rzeczpospolita*. Aus ihren Fehlern wurden fast keine Lehren gezogen – so wie man auf den Sockel eines Denkmals auch nichts von den Fehlern der Person schreibt, die auf ihm steht.

Die gegenwärtigen Anhänger des Intermarium-Konzeptes wollen dagegen beinahe unbewusst das Drama der Zweiten Republik ein zweites Mal spielen und nehmen überhaupt nicht zur Kenntnis, dass es schon einmal mit einer Tragödie endete. Ihnen scheint, dass es dieses Mal schon irgendwie gelingen wird, denn es gibt keinen Hitler und keinen Stalin mehr. Ihrer Ansicht nach kann Polen also einen unabhängigen geopolitischen Raum konstruieren, dieses Mal zwischen Russland und dem Westen, und auf diese Weise am besten seine Interessen auf der Bühne der internationalen Politik sichern. Das, was den Politikern der Zweiten Republik nicht gelang, werden uns die gegenwärtigen Anhänger des Intermarium-Konzeptes vollenden.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob sie nicht die alten Fehler wiederholen und die Gefahren provozieren, die sie eigentlich abwenden wollen. Müsste zu diesen Fehlern nicht das Konzept gezählt werden, Sicherheit für Polen zu schaffen, indem ein in gewissem Maße selbständiges Ostmitteleuropa aufgebaut wird, das gleichzeitig in Opposition sowohl zum Osten als auch zum Westen steht? Ein Element dieser retrogressiven Vision der polnischen Außenpolitik wäre auch, das exotische Bündnis mit London zu pflegen und die Bedeutung der Beziehungen mit Deutschland für Polen vollständig außer Acht zu lassen. Deutschland ist diesen Visionären für ihre Pläne des »Intermarium« vollkommen unnötig. Auch wenn man es nicht feindselig behandelt, scheint man es ganz einfach ignorieren zu können.

Gedankenspiele über den deutsch-polnischen Antagonismus

Im Hintergrund dieser retrogressiven Vorstellungen von der polnischen geopolitischen Lage steht die tief verwurzelte Vorstellung von der polnischen Vergangenheit. Kaum jemand bemerkt, inwiefern der Streit zwischen der jagiellonischen und der piastischen Konzeption, der in gewissen Abständen im polnischen öffentlichen Diskurs wieder aufgegriffen wird, vollkommen anachronistisch ist, wenn man die aktuellen polnischen Grenzen berücksichtigt. Politische Inspirationen werden häufig ausschließlich in den Antiquariaten gesucht und die gefundenen Ideen wie ein Orakel behandelt. Von der Vergangenheit kann man sich aber auch auf andere, kreativere Art und Weise inspirieren lassen, indem man nicht nur fragt, wie sie war, sondern auch, welche Möglichkeiten sie in sich barg. Diese Art zu denken kann auch eine Voraussetzung für die Antwort auf die Frage »wozu brauchen wir Deutschland?« schaffen.

Die kommunistische Propaganda zwischen 1945 und 1989, die dabei übrigens auf frühere Vorstellungen zurückgriff, sprach vom tausendjährigen deutsch-polnischen Konflikt, der seit Beginn der polnischen Staatlichkeit gedauert habe. Dieser Vorstellung sollte zum Beispiel die angebliche Annahme des Christentums im 10. Jahrhundert allein durch die Tschechen und nicht durch die Deutschen dienen; auch wurden unbedeutenden militärischen Episoden eine Bedeutung zugeschrieben, beispielsweise der Schlacht von Zehden (poln. Cedyňa). Der spätere Verlust Schlesiens wurde als deutsche Expansion interpretiert und nicht bemerkt, dass dort die ganze Zeit piastische Geschlechter geherrscht hatten (wenngleich kulturell zunehmend germanisierte). Übergangen wurde auch die Tatsache, dass die Grenze zwischen der polnischen Krone und dem Heiligen Römischen Reich von der Mitte des 14. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts eine der beständigsten und friedlichsten Grenzen auf dem europäischen Kontinent war. (Deutschland existierte im späten Mittelalter und in der Frühen Neuzeit nicht als homogener staatlicher Organismus. Daher kann man auch das sogenannte Alte Reich, ab Beginn des 15. Jahrhunderts inoffiziell und ab dem 17. Jahrhundert offiziell Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation genannt, nicht als einen solchen betrachten.)

Übereinstimmend mit dieser Denkungsart wurde der Konflikt zwischen Polen, Litauen und dem Deutschen Orden im späten Mittelalter als »deutscher Angriff« interpretiert und die preußische Huldigung im Jahr 1525 als politischer Fehler. Dabei wurde vergessen, dass sich die Emanzipation des Herzogtums Preußen von der polnischen Krone infolge der Kriege mit

Schweden vollzog und eine Folge der Schwächung der *Rzeczpospolita* war.

Für den fehlenden deutsch-polnischen Antagonismus in der frühen Phase der Moderne kann unter anderem die Wahl der sächsischen Wettiner auf den polnischen Thron stehen. Ganz offensichtlich wurde die westliche Grenze der *Rzeczpospolita* jahrhundertlang nicht als Grenze mit Deutschland wahrgenommen, sondern mit einem Konglomerat verschiedener Staaten und Kleinstaaten, die Teil des damaligen Reiches waren. Das damalige Sachsen schien mit Blick auf seine natürlichen Ressourcen am stärksten wirtschaftlich entwickelt zu sein und konkurrierte zunächst erfolgreich mit Preußen. Allerdings erwies sich gerade Preußen dank seiner inneren Organisation des Staates und der Armee als deutlich »moderner« und machte eine atemberaubende Karriere auf der internationalen Bühne, indem es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutsche Länder unter eigener Führung vereinigte.

In der Regel sind Spekulationen auf dem Feld der sogenannten kontrafaktischen Geschichte (*if-history*) lehrreich. Man kann sich fragen, wie sich die Geschichte weiterentwickelt hätte, wenn sich die politischen Eliten der damaligen *Rzeczpospolita* nicht für das Bündnis mit den Wettinern, sondern mit den preußischen Hohenzollern entschieden hätten. Es ist wahrscheinlich, dass es dann zur »Polonisierung« Preußens gekommen wäre, denn die slawische Ethnie war noch recht stark auf dem größten Teil des Territoriums des damaligen brandenburgisch-preußischen Staates. Es hätte auch zu einer Synthese zweier Konzeptionen der Aufklärung kommen können, die die Kultur des damaligen Warschau und des damaligen Berlin vertraten. Das republikanische Konzept der Aufklärung, das aus der Adelskultur erwuchs und den Akzent auf die bürgerlichen Freiheiten legte, hätte sich mit den Konzepten des modernen Staates, die die preußische Aufklärung repräsentierte, verbinden können. Natürlich lassen sich auch leicht die Spannungen vorstellen, die eine Reform à la Friedrich der Große in der vom Sarmatismus durchtränkten Republik hervorgerufen hätte. Anstatt der Hohenzollern hätte die *Rzeczpospolita* allerdings die Wettiner, die bei der Umsetzung von notwendigen Systemreformen unbeholfen waren und sich eher um ihre dynastischen Interessen kümmerten.

Natürlich kann man lediglich spekulieren, ob die Vermählung der Hohenzollern mit der polnischen Krone glücklicher gewesen wäre. Dafür muss man sich vorstellen, dass es weder zu den Teilungen der *Rzeczpospolita* noch zur Vereinigung Deutschlands unter der Ägide der Hohenzollern in fernerer Zukunft hätte kommen müssen. Nimmt man dieses Szenario an, würde heute nie-

mand in Polen sagen, dass die preußische Huldigung ein Fehler war.

Solche Spekulationen haben, wenn sie keine hohlen Phantasien sein sollen, nur dann Bedeutung, wenn sie zu verstehen helfen, was sich tatsächlich ereignete, und wenn sie gleichzeitig veranschaulichen, dass Geschichte ein Feld politischer Entscheidungsfreiheit von ungeheurer Bedeutung ist und nicht ausschließlich der Determiniertheit und Unausweichlichkeit. Naturgemäß wissen wir nicht und können wir nicht erfahren, ob die preußisch-polnische Union anstelle der polnisch-sächsischen die Geschichte Europas grundlegend verändert hätte und das geopolitische Schicksal von Polen abgewendet hätte. Die Schlussfolgerung aus diesen Spekulationen kann nur eine sein: Unsere westliche Nachbarschaft hätte in der Geschichte Polens eine vollkommen andere Rolle einnehmen können, als es im 19. Jahrhundert und in einem bedeutenden Teil des 20. Jahrhunderts der Fall war. Mit dieser Feststellung kehren wir in die Gegenwart zurück.

Die notwendige deutsch-polnische Zusammenarbeit in der europäischen (Ost-) Politik

Im Jahr 2005, fast gleichzeitig mit dem Beitritt Polens zur EU, fand noch ein anderes Ereignis statt, das ebenfalls einen nicht geringen Einfluss auf die Wahrnehmung der polnischen Lage hatte. Es war die Orange Revolution in der Ukraine. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, der im Dezember 1991 vollzogen worden war, schien noch ein unbeständiger und umkehrbarer Prozess zu sein, daher war Warschau auch der erste Staat, der – man kann sagen instinktiv – die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannte.

Dieselbe politische Intuition müsste soufflieren, dass die Unabhängigkeit der Ukraine und die Frage der deutsch-polnischen Beziehungen eng miteinander verknüpfte Angelegenheiten sind, wenn man sie vom polnischen Standpunkt aus betrachtet. Um das wahrzunehmen, müssen jegliche jagiellonische oder piastische Konzeptionen abgelegt werden. Dass sich auf der Bühne der internationalen Politik ein so wesentliches Subjekt herausgebildet hat, wie es die Ukraine ist, schafft auch für die Beziehungen Polens zu Deutschland einen neuen Kontext von kapitaler Bedeutung. Dies nicht wahrzunehmen, ist nichts anderes als politische Blindheit.

Die Unabhängigkeit der Ukraine aufrechtzuerhalten, wird Polen Sicherheit garantieren, die aber nur bei aktiver Unterstützung vonseiten Berlins möglich ist. Deutschland wurde übrigens zu einem Land, das Kiew unterstützt, indem es unter anderem Sanktionen gegenüber Moskau als Antwort auf dessen Aggression auf der Krim und im Donbass befürwortete.

Polen ist aus vielerlei Gründen, unter anderem aufgrund seiner eingeschränkten wirtschaftlichen Ressourcen, nicht befähigt, Kiew angemessen starke Unterstützung zu gewähren. Es hat aber ein wesentliches kulturelles Potential, das es nutzen könnte, um die Ostpolitik der Europäischen Union zu gestalten. Allerdings muss man festhalten, dass die Bedingung für die Wirksamkeit solcher Aktivitäten die Zusammenarbeit mit Berlin ist. In Berlin werden die Fragen der Ostpolitik der Europäischen Union in einer Weise behandelt, die der polnischen Konzeption viel näher ist, als es in Paris oder London, geschweige denn in Wien oder Rom der Fall ist.

Oberflächlich kann man dem widersprechen, indem man auf die prorussischen Sympathien in Deutschland verweist. Im Grunde kann dies das Argument sein, umso enger mit Deutschland zusammenzuarbeiten, um es von diesen Sympathien abzubringen. Auch dass für Kiew Berlin ein deutlich wichtiger Partner ist als Warschau, wird als Ergebnis außenpolitischer Fehler der Vorgängerregierungen betrachtet und nicht als eine verständliche Konstellation, in die man sich einbringen und die man nicht ausschließlich kritisieren sollte. Um die Unterstützung der EU für die Ukraine aufrechtzuerhalten, ist ja eine aktive Rolle Berlins notwendig, zumal es über entsprechende Ressourcen verfügt. Eine Konkurrenz Warschaws mit Berlin anstelle einer engen Zusammenarbeit hat in dieser Hinsicht keinerlei Sinn.

Mit Blick auf eine aktive polnische Außenpolitik muss also festgestellt werden, dass Warschau Berlin unbedingt braucht.

Wiederholen wir noch einmal die Frage: »Wozu brauchen wir Deutschland?« Die kürzeste Antwort könnte lauten: »um uns vom polnischen Fatum unserer geopolitischen Lage zu befreien«. Oder auch: »um nicht die Peripherie Europas zu sein«. Oder auch deshalb, »um nicht

erneut in die Einflussphäre Moskaus zu geraten«. Man kann das politische Projekt und die Vorstellung vertreten, dass Polen Deutschland nicht notwendig braucht, allerdings muss man sich dann bewusst machen, dass das in unserem Teil Europas die Frage nach sich zieht: Wenn nicht mit Deutschland, mit wem dann?

Sogar ein Gebilde wie Westeuropa kann in der heutigen Welt nicht vollkommen selbständig sein. Es braucht unbedingt einen Verbündeten wie die Vereinigten Staaten, um seine Selbständigkeit aufrecht zu erhalten. Die Vorstellung, dass Polen seine Unabhängigkeit mehr mit Hilfe eines ostmitteleuropäischen Staatenbündnisses als dank des Westens (was für Polen vor allem die Verbindung mit Deutschland bedeuten würde) aufrechterhält und die Vereinigten Staaten dieser Region gesondert eine solche Unterstützung zuteilwerden lassen, wie sie sie Westeuropa (bisher) zukommen lassen, scheint ein Konzept zu sein, das jeglicher Grundlagen entbehrt.

Der Ausgangspunkt dieses Essays war die Feststellung, dass jeder Staat in Europa ein eigenes Europakonzept besitzen sollte, das er nicht nur im Inneren, sondern auch international zur Diskussion stellt. Zu einem solchen Konzept gehört unabdingbar festzustellen, welche Rolle den anderen Staaten bei der Realisierung der eigenen Interessen zugeschrieben wird, insbesondere den Nachbarn. Es ist daher kaum möglich, über eine polnische Europakonzeption nachzudenken, wenn diese nicht eine eigene polnische Vision von der Rolle Deutschlands in Europa berücksichtigt.

Letztendlich lautet also die Antwort: »Wir brauchen die Deutschen, um gemeinsam mit ihnen Europa aufzubauen.«

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Dr. Kazimierz Wóycicki, Journalist, Publizist, Politikwissenschaftler, Philosoph, Mitinitiator und Ko-Moderator des deutsch-polnischen Gesprächskreises Kopernikus-Gruppe, Dozent am Institut für Osteuropastudien der Universität Warschau (Stadium Europy Wschodniej, Uniwersytet Warszawski).

1. – 14. Mai 2018

01.05.2018	Nach einem Treffen mit den Eltern und Betreuern volljähriger schwerbehinderter Kinder und diesen selbst, die seit mehr als einer Woche im Gebäude des Sejm protestieren, äußert der Bürgerrechtsbeauftragte Adam Bodnar seine Unterstützung der Forderung der Protestierenden nach einer einkommensunabhängigen finanziellen Zuwendung von monatlich 500 Zloty und lehnt den Regierungsvorschlag ab, die Summe in Sachleistungen zur Verfügung zu stellen. Dies sei ein Versuch, öffentliche Mittel einzusparen, jedoch würden die Betroffenen in ihrer Situation am besten wissen, wie das Geld konkret einzusetzen sei.
02.05.2018	In seiner Ansprache aus Anlass des »Feiertages der Fahne« und des »Tages der Polonia und der Polen im Ausland« sagt Senatsmarschall Stanisław Karczewski, dass die Verbundenheit zur eigenen Nation und zum eigenen Staat teilweise als Anachronismus betrachtet werde, der der europäischen Integration schade. Jedoch habe Europa nur dank des Patriotismus seine Freiheit gegen die nationalsozialistische und sowjetische Tyrannei verteidigen können und sei heute eine Oase der Demokratie und des Wohlstands. Die Europäische Union werde nur fortbestehen, wenn sie die Identität der europäischen Nationen verteidige. Der »Tag der Fahne« diene der Vergewisserung der polnischen nationalen Symbole und der polnischen wie der europäischen Identität.
03.05.2018	Am 227. Jahrestag der Verfassung der »Republik beider Nationen« unterzeichnen Präsident Andrzej Duda und seine litauische Amtskollegin Dalia Grybauskaitė eine Erklärung, in der sie die historisch gewachsenen bilateralen Beziehungen bekräftigen. Die stellvertretende Sejmarschallin Beata Mazurek teilt mit, dass sich Polen um die Wiederaufnahme der polnisch-litauischen parlamentarischen Zusammenkünfte noch in diesem Jahr bemühe. Ziel sei es, die Probleme im Zusammenhang mit der polnischen Minderheit in Litauen und der litauischen Minderheit in Polen zu lösen.
05.05.2018	Auf einer Pressekonferenz ruft die Ministerin für Familie, Arbeit und Sozialpolitik, Elżbieta Rafalska, dazu auf, die seit zwei Wochen dauernden Proteste im Gebäude des Sejm einzustellen, und betont die Kompromissbereitschaft der Regierung. Die Protestierenden, Eltern und Betreuer volljähriger schwerbehinderter Kinder und diese selbst, bekräftigen ihre zweite Forderung einer einkommensunabhängigen monatlichen Zahlung in Höhe von 500 Zloty. Sie werfen der Regierung vor, die öffentliche Meinung zu manipulieren, indem sie die schwierige Lage der Betroffenen falsch darstelle. Auch solle die geforderte Summe nicht dämonisiert und mit Sachleistungen abgegolten werden.
06.05.2018	Im Bergwerk Zofiówka im oberschlesischen Jastrzębie-Zdrój werden nach dem Erdbeben am Vortag zwei tödlich verunglückte Bergleute geborgen. Das Beben erreichte einen Wert zwischen 3,4 und 3,9 auf der Richterskala. Seit Jahresbeginn ist es bereits zu acht Todesopfern im polnischen Bergbau gekommen.
07.05.2018	In einer Grußadresse an die Teilnehmer einer Energie-Konferenz in Misdroy (Międzyzdroje, Woj. Westpommern) zum Thema Energieträger Gas und zu den Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den USA und den Staaten der Ostsee, der Adria und des Schwarzen Meeres spricht sich Präsident Andrzej Duda für die Schaffung eines freien Gasmarktes in Mitteleuropa aus. Ziel solle sein, Sicherheit, Effektivität, Stabilität und Vertrauen im Energiesektor zu befördern. Dafür solle eine Nord-Süd-Achse zwischen den LNG-Terminals in Swinemünde (Polen) und Klaipėda (Litauen) und der Insel Krk (Kroatien) entstehen. Mit der EU würden Grundsätze für eine Energieunion erarbeitet, die das Entstehen von Monopolstellungen und politisch motivierte Erpressungen im Energiesektor verhindern sollen.
08.05.2018	Der Vorsitzende des Episkopats, Erzbischof Stanisław Gądecki, unterstreicht in einem Antwortbrief an die Parteivorsitzende von Die Moderne (Nowoczesna), Katarzyna Lubnauer, dass die katholische Kirche in Polen die in der Verfassung festgelegte Trennung von Staat und Kirche akzeptiere. Appelle der Kirche an Politiker seien Appelle an das Gewissen und keine Ausübung institutionellen Drucks. Das Recht auf Leben von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod sei kein religiöses Recht, sondern wesentlicher Bestandteil des Naturrechts. Lubnauer hatte Ende März in einem offenen Brief an die Polnische Bischofskonferenz scharf kritisiert, dass sich diese für eine rigorose Verschärfung des Abtreibungsrechts einsetzt und den Gesetzgebungsprozess beschleunigen wolle.
08.05.2018	Senatsmarschall Stanisław Karczewski unterstreicht in einem Brief an die Organisationen der im Ausland lebenden Polen in den Vereinigten Staaten und weltweit die Entschlossenheit der polnischen Regierung, für den Verbleib des Mahnmals für das sowjetische Verbrechen von Katyn am angestammten Platz in der US-amerikanischen Stadt Jersey City (New Jersey) einzutreten. Hintergrund ist, dass der Bürgermeister von Jersey City, Steven Fulop, in der vergangenen Woche über das Vorhaben informiert hat, das Denkmal wegen einer Umgestaltung des Platzes vorübergehend umzusetzen. Dieses löste den Widerspruch der ortsansässigen Polonia und der Regierung in Warschau aus.

09.05.2018	Der Sejm verabschiedet ein Gesetz zur Erhöhung der sogenannten Sozialrente für volljährige Personen, die aufgrund organischer Schädigungen nicht in der Lage sind zu arbeiten, von 865 Zloty auf 1.030 Zloty. Außerdem wird ein Gesetz verabschiedet, das Menschen mit starken Behinderungen bessere Versorgungsleistungen (medizinische Hilfsmittel, Zugang zu ärztlichen und pharmazeutischen Diensten, finanzielle Erleichterungen) gewährt.
10.05.2018	Der Sejm verabschiedet mit 240 Ja-Stimmen, zwei Gegenstimmen und fünf Enthaltungen ein Gesetz, das die Reduzierung der Bezüge der Abgeordneten und Senatoren auf 80 Prozent der Bezüge eines Unterstaatssekretärs reduziert. 213 Abgeordnete der Oppositionsparteien nahmen an der Abstimmung nicht teil. Sie fordern u. a. eine Reduzierung der Bezüge auch für Mitglieder des Sejmpräsidentiums.
10.05.2018	Der Sejm beschließt eine Novelle des Gesetzes über die Symbole der polnischen Streitkräfte. Künftig wird die Fahne der Armee zur Territorialverteidigung (Wojska Obrony Terytorialnej – WOT) auch das Symbol des »Kämpfenden Polen«, die sogenannte »kotwica«, tragen. Die »kotwica« war im Kampf gegen die deutsche nationalsozialistische Besatzung während des Zweiten Weltkriegs entstanden und wurde zum Zeichen der im Untergrund kämpfenden polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa – AK).
11.05.2018	Der Generalkonsul der Republik Polen in New York, Maciej Golubiewski, teilt mit, dass für das Katyn-Mahnmal in der US-amerikanischen Stadt Jersey City (New Jersey) ein neuer prominenter Standort gefunden wurde. Es soll 60 Meter von seinem aktuellen Ort entfernt versetzt werden. Daraufhin wird die geplante Demonstration am Denkmal abgesagt, für die die ansässige Polonia erwartet wurde. In der Frage der Umsetzung des Denkmals hatte sich in den vergangenen Tagen auch die Regierung in Warschau zu Wort gemeldet.
12.05.2018	In Warschau findet der »Marsch der Freiheit« (Marsz Wolności) gegen die Regierungspolitik von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) statt, zu dem die Oppositionsparteien Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Die Moderne (Nowoczesna) sowie die Bürgerbewegung Komitee zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD) aufgerufen haben. Nach Angaben der städtischen Verwaltung sind bis zu 50.000 Teilnehmer gekommen; die Polizei geht von deutlich weniger Personen aus.
14.05.2018	Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán wird nach seiner Wiederwahl von Ministerpräsident Mateusz Marowiecki zu einem offiziellen Besuch in Warschau empfangen. Weiter trifft sich Orbán mit Präsident Andrzej Duda, Sejmmarschall Marek Kuchciński und Senatsmarschall Stanisław Karczewski. Thematisiert werden die bilaterale Zusammenarbeit, die Verhandlungen des EU-Haushalts 2021–2027, die EU-Erweiterung um die Westbalkanstaaten und die europäische Migrationspolitik.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

